

Verschuldung und Menschenrechte

Am G8-Gipfel vom Juli 2005 im schottischen Gleneagles haben die Regierungschefs der acht grossen Industrieländer einen teilweisen oder umfassenden Schuldenerlass für 42 hoch verschuldete arme Länder beschlossen. 14 afrikanischen und 4 lateinamerikanischen Ländern sollen die Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank sogar vollständig gestrichen werden. Die Entschuldungsinitiative kostet die internationalen Finanzinstitute insgesamt rund 40 Mrd. US-Dollar.

Nach sechs Jahren Stillstand in der Entschuldungsfrage muss dieser Entscheid als Schritt in die richtige Richtung gewürdigt werden. Dennoch stehen hinter dem scheinbar humanitären, grosszügigen Akt klare wirtschaftliche Interessen und politische Absichten. Der totale Schuldenerlass beschränkt sich auf 18 Länder: Alles Staaten, die bereit waren oder sind, neoliberale Strukturanpassungsprogramme durchzuführen, obwohl diese teilweise zu mehr Armut in den betroffenen Ländern geführt haben.

Ein einmaliger, pauschaler Schuldenerlass bedeutet für die betroffenen Länder eine temporär spürbare finanzielle Erleichterung. Er blendet aber eine wichtige Frage der Verschuldungsproblematik aus: Ob die Forderungen der Gläubiger überhaupt gerechtfertigt sind.

Die Frage nach der Legitimität der Schulden hat in den letzten Jahren in der internationalen Zivilgesellschaft stark an Bedeutung gewonnen. Das Konzept der illegitimen Schulden, seit den 1990er Jahren wieder in die internationale Debatte eingebracht, verschiebt den Fokus von der karitativen hin zur rechtlichen, insbesondere menschenrechtlichen Argumentation.

Die Aktion Finanzplatz Schweiz hat 2000/2001 zwei Broschüren zu diesem Thema veröffentlicht. Seither hat sich bezüglich der juristischen Analysen und der politischen Kampagnen Einiges getan. Wir legen deshalb eine neue Broschüre vor: *Illegitime Schulden* –

Verschuldung und Menschenrechte. Sie enthält auf rund 120 Seiten verschiedene Artikel zur Geschichte des Konzepts und skizziert dessen Weiterentwicklung. Einzelne Länderstudien, Stellungnahmen aus dem Süden sowie ein globaler Überblick sollen praktische Impulse für eine neue Form der Schuldenstreichungskampagne geben.

Die Broschüre kann ab sofort bei der AFP bestellt werden. Zudem planen wir, das Thema mit zusätzlichen Veröffentlichungen und einer internationalen Konferenz im nächsten Frühling weiter zu verfolgen.

(li/sh)